„Der Courier"
Ein Organ deutschsprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. S. Ehrmann,
Geschäftsführender Direktor.
Reinhard Pott, Redakteur.
Geschäftslokal: — 1835-1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Telephon 3391
Abonnementspreis (im voraus zahlbar):
Mittwochausgabe, 12—32 Seiten stark.
Für Canada: Ein Jahr, $2.50; sechs Monate, $1.25; drei Monate 75c; ein Monat, 35c.
Für's Ausland: Ein Jahr, $3.50; sechs Monate, $2.00; drei Monate, $1.00; ein Monat, 50c.
Reklame kosten 70c per Zoll einspaltig. Bei größeren Kontrakten entsprechender Rabatt.
Kleine Anzeigen, wie „Zu verkaufen", „Gesucht", usw.
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig 75c; für jede weitere Insertion 50c.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig $1.25; für jede weitere Insertion 90c.

Das Schlagwort der Opposition

Wenn die Menschen aus der zur Geschichte gewordenen Vergangenheit mehr lernen wollten, wenn sie den Erfahrungen vergangener Zeiten mehr Verständnis entgegenbrächten, wenn sie nicht leider allzu oft an einem bedenklich kurzen Gedächtnis leiden würden, so ließen sich in Gegenwart und Zukunft unendlich viele Dummheiten auf politischem Gebiete vermeiden. Aber manche sind einfach unbelehrbar und verschließen ihre Augen mit Gewalt vor der historischen Wahrheit. Eine solche Wahrheit, bestätigt durch die bitteren Erfahrungen europäischer Länder in den letzten 10 Jahren, ist es z. B., daß politische Umwälzungen, die von blindem Fanatismus betrieben werden, niemals einem Volke zum Heile gereichen können. Oder haben all die Revolutionen und Unruhen, die Europa in den verflossenen Jahren durchtobten, nicht den klaren Beweis dafür erbracht, daß der Radikalismus ein schlechtes Berater für die Menschheit ist? Mit den glänzendsten Versprechungen hat man die Massen berauscht und in den Aberglauben an ein unvergängliches Reich voll Schönheit, Lebensgenuß und Freiheit hineingestürzt. Aber all die Vorspiegelungen sind vor dem Sturmwind der rauhen Wirklichkeit wie Seifenblasen zerplatzt und auf den Freudenrausch folgte ein elender Katzenjammer. Heute kehrt das alte Europa wieder langsam in die Geleise zurück, die es vor zehn Jahren verlassen hat. Das gute Alte, das man schon beinahe vergessen hatte, wird wieder hervorgeholt, um auf solch historischem Fundament mit dem Aufbau des Neuen zu beginnen.

Unsere Provinz Saskatchewan, die sich zwar mit den fortgeschrittenen Ländern Europas nicht gut vergleichen läßt, erlebt zur Zeit ein Schauspiel, das in mehr als einer Hinsicht an die Aufpeitschung politischer Leidenschaften im alten Lande erinnert. Die Oppositionsparteien, welche der liberalen Dunning-Regierung am 2. Juni das Feld streitig machen wollen, schlagen in ihren Versammlungen nicht selten Töne an, die mit der Hetze des Sozialismus in europäischen Staaten oft große Aehnlichkeit haben. Deswegen glauben wir natürlich nicht, daß zum Beispiel die Konservativen, die Schutzherren der großkapitalistischen Industriemagnaten, nun in die Fußstapfen eines Karl Marx oder eines Bebel eintreten wollen. Aber die radikalen Methoden haben sie den sozialistischen Agitatoren gut abgeguckt. Persönliche Verdächtigungen, Verleumdungen und Beleidigungen sowie Verdrehungen und Entstellungen der Tatsachen spielen als schmutzige Waffen auf konservativer Seite in diesem Wahlkampf eine Hauptrolle. Damit hoffen sie jene, die nicht alle werden, für ihre Sache zu gewinnen. Sie müssen folglich das politische Reinlichkeitsgefühl gewisser Bevölkerungskreise sehr niedrig einschätzen. Die andere Spekulation der konservativen Herrschaften ist auf die Vergeßlichkeit mancher Leute eingestellt. Sie glauben wohl, daß all die Vergewaltigungen, welche sich die Deutschcanadier während des Weltkrieges von den konservativen Hurrapatrioten gefallen lassen mußten, bereits aus dem Gedächtnis entschwunden seien.

Doch das Schwergewicht wird von den Tories auf das Schlagwort: „It is time for a change" („Es ist Zeit für eine Aenderung") gelegt. Das ist der Gipfel ihrer politischen Weisheit und ihres ganzen Wahlprogramms. Wenn sie im Eifer ihrer Wortkroden plötzlich stecken bleiben oder wenn ihnen der Faden ausgeht, dann helfen sie sich mit dem Rufe „It is time for a change" aus der Verlegenheit. Wenn sie einmal ein paar Hände zum Klatschen bringen wollen, schreien sie mit Pathos in den Saal: „It is time for a change!" Wenn alle oppositionellen Ueberredungskünste zu versagen scheinen, dann soll das Zauberwort „It is time for a change" die Situation retten. Man weiß nun nicht, ob man sich mehr wundern soll über die Geistesarmut jener, die diese Losung ausgegeben haben, oder jener, die daran wie an ein Evangelium glauben.

„It is time for a change" — das hat zunächst dem gesunden Menschenverstand gar nichts zu sagen. Denn die Vernunft fragt sofort: Was soll denn eigentlich geändert werden und wie soll diese Aenderung vor sich gehen? Will man vielleicht alles über den Haufen werfen, was in den letzten 20 Jahren in Saskatchewan aufgebaut worden ist? Soll etwa der geplante konservative Regierungskurs in die Bahnen der Kriegszeit einlenken? Will man wie damals dem Lande noch größere Schuldenlasten aufbürden, damit einige Fabrikanten des Ostens ihre Taschen füllen können? Will man wie damals die jetzt so heiß umworbenen „Neucanadier" wiederum unterdrücken, ihnen die letzten Reste von Eigenleben nehmen, ihnen den Gebrauch der Muttersprache in der Oeffentlichkeit und vielleicht gar in der Kirche verbieten? Das alles ist nämlich den Konservativen zuzutrauen. Oder was soll geändert werden? Wenn es sich nicht um den Regierungskurs handelt, wenn man nur Kritik, aber kein besseres aufbauendes Programm zu bieten hat, was dann? Dann muß man eben annehmen, daß nicht ein Wechsel des Systems, sondern nur ein Wechsel der Personen unter den geforderten Aenderung verstanden wird. Nach der konservativen Gesinnungsverfassung ausgedrückt, müßte es folgendermaßen lauten: „Jagt die jetzigen Minister davon und setzt uns, Dr. Anderson und Dr. Bryant und unseresgleichen an ihre Stelle!" Man gewinnt tatsächlich von Tag zu Tag mehr den Eindruck, daß die ganze Wahlhetze der Opposition nur darauf hinauslaufe, bewährte Regierungsmänner zu beseitigen, damit andere einmal das Heft in die Hand nehmen können. Also rein persönliche Interessen!

Uns Deutschcanadiern muß es vollständig klar sein, daß wir bei einer solchen Aenderung der Regierung ganz und gar in den Hintergrund gedrängt würden. Mag man in der Vergangenheit unseren Wünschen und Forderungen nicht immer das nötige Verständnis entgegengebracht haben, so war es bisher doch noch besser als wenn in Zukunft die Peitsche der Opposition über unseren Köpfen geschwungen würde. Dann würden wir erst erfahren, was es heißt, einigen englischen Rassenfanatikern ausgeliefert zu sein. Möge sich daher nicht an uns das Sprichwort bewahrheiten: **„Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber."**

— Feinde, die wir achten, sind für unser Leben oft fruchtbarer und nutzbringender, als Freunde, die uns schmeicheln und verwöhnen.

— Wer zu voll ist, um zu klappern, muß sich gewissermaßen einen doppelten Boden anschaffen, damit die Menge ihn nicht für hohl hält.

— Arbeiten heißt: seine Schuld an die Zeit bezahlen.

Der liberale Kandidat für Süd-Qu'Appelle

Wenn wir unter den Kandidaten für die Provinzialwahl am 2. Juni etwas Umschau halten, bleibt unser Blick unwillkürlich an der Persönlichkeit des liberalen Kandidaten für Süd-Qu'Appelle, Herrn Anton Huck von Vibank, haften. Er zählt zu jenen Männern, die aus kleinen Anfängen, in den Pionierzeiten sich durch eigene Kraft und Tüchtigkeit zu einer geachteten Stellung weit über den engeren Kreis ihrer Umgebung hinaus emporgearbeitet haben. Als kleiner Farmer fing er an, um schließlich sich dem Geschäftsleben zu widmen, in dem er es zu Erfolg und Ansehen brachte. In der harten Lebensschule, die auch ihm ebensowenig wie anderen erspart geblieben ist, wurde sein Charakter gestärkt, sodaß er heute als aufrechter Mann mit tadelloser Vergangenheit und festen, gesunden Grundsätzen vor uns steht. Noch eine wichtige Voraussetzung für seine politische Laufbahn darf nicht übersehen werden, nämlich seine gründlichen politischen Kenntnisse. Mit Fleiß und Eifer verfolgte er regelmäßig alle politischen Vorgänge und ist daher auf diesem Gebiete ebenso zu Hause wie auf allen Zweigen seines Erwerbslebens. So erscheint Herr Anton Huck vor uns als grundsatztreuer, ehrenwerter und kenntnisreicher Mann. Die liberale Nominationskonvention in Qu'Appelle hätte fürwahr keine bessere Wahl treffen können, als sie ihm ihr volles Vertrauen schenkte. Seit vielen Jahren dient er dem liberalen Banner und den liberalen Grundsätzen mit treuer Hingebung. Man darf daher überzeugt sein, daß er für seine Partei, für seinen Wahlkreis und für die Legislatur eine bedeutende Kraft sein wird, wenn ihn die Wähler seines Wahlkreises zum Vertreter ihrer Interessen machen. Es liegt also an unseren Freunden, die wohl alle ohne Ausnahme auch die politischen Freunde des Herrn Anton Huck sein werden, daß dieser Mann, auf den wir große Hoffnungen für die Zukunft setzen dürfen, zum Abgeordneten von Süd-Qu'Appelle erwählt wird. Ist es notwendig, dem Gesagten noch mehr hinzuzufügen? Weiß nicht jeder Courierleser im dortigen Wahlkreise selbst, was auf dem Spiele steht und welch wichtige Fragen uns bewegen, Fragen, die es unbedingt nötig machen, daß gerade ein Mann wie Herr Anton Huck in das Provinzialparlament nach Regina entsandt wird.

Im Vertrauen auf den gesunden Sinn aller unserer Freunde im Wahlkreis von Süd-Qu'Appelle lassen wir an sie die gutgemeinte Aufforderung ergehen: Setzt euere ganze Kraft dafür ein und werbt und schafft, damit am 2. Juni Herrn Anton Huck keine Stimme verloren gehe, auf die er berechtigten Anspruch hat! Freunde, es liegt in euerem Interesse! Bedenkt das wohl!

Stresemann über die deutsche Außenpolitik

Freundliche Worte für Ver. Staaten und andere amerikanische Länder.

Der deutsche Minister des Aeußeren, Gustav Stresemann, sprach sich abermals in emphatischer Weise dahin aus, daß es die Absicht der deutschen Regierung sei, die Bestimmungen des Dawes'schen Wiedergutmachungsprogramms in loyaler Weise auszuführen. Herr Stresemann sprach in anerkennender Weise und in herzlichem Tone von dem Interesse und der finanziellen Hilfeleistung, welche die Ver. Staaten an dem ökonomischen Wiederaufbau Deutschlands bekunden. „Sogar diejenigen, die schwere Befürchtungen bezüglich der praktischen Ausführung des Dawes-Planes gehegt haben und noch hegen, müssen zugeben, daß es für uns unmöglich gewesen wäre, unseren nationalen Courant zu rehabilitieren und daß wir gezwungen gewesen waren, einen harten Kampf für unsere ökonomische Existenz zu führen."

Er stellte dahin lautende Gerüchte, daß Finanzminister von Schlieben der weiteren Ausführung des Dawes-Planes opponiere, in Abrede und gab die Versicherung, daß das nationalistisch gesinnte Mitglied in Luthers Kabinett mit der Haltung der Regierung bezüglich des Dawes-Planes vollständig übereinstimme.

Deutschlands Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, Mexiko und den Republiken des südamerikanischen Kontinentes bezeichnete Stresemann als in jeder Hinsicht zufriedenstellend. Er glaubt, daß Deutschland seine frühere Freundschaft in den Republiken des lateinischen Amerikas, welche sich im letzten Kriege mit Deutschlands Gegnern verbündet hatten, wieder zurückgewinne.

Mit Bezug auf Rußland bemerkte der Minister, daß die deutsche Regierung den Wunsch hege, den Vertrag von Rapallo einzuhalten, daß man sogar noch in Deutschland den Wunsch hege, denselben in Anbetracht der geographischen Lage und der ökonomischen Bedeutung Rußlands zu erweitern. Stresemann betonte jedoch, daß Deutschland sich das Recht vorbehalten würde, seine ausländische Politik unbeeinflußt zu treiben und daß keine Gebietsveränderungen weder im Westen noch im Osten in Erwägung gezogen würden.

Der größere Teil der Rede des Ministers bildete eine freundliche Diskussion, welche die Nicht-Räumung der Kölner Zone, den vorgeschlagenen Sicherheitspakt und Deutschlands Eintritt in den Völkerbund zum Thema hatte. Ein Sicherheitsvertrag, der ohne aktive Beteiligung Deutschlands abgeschlossen wird, würde Stresemanns Ansicht zufolge eine schwere Gefahr für Deutschland bedeuten. Ein Sicherheitspakt, wie er von der deutschen Regierung abgefaßt und den interessierten Mächten zugestellt wurde, sollte dazu dienen, die Frage zur Diskussion zu bringen. In dem Entwurfe befand sich nichts, das angezeigt hätte, wie weit man in Deutschland bereit und willens war in der Angelegenheit zu gehen. Die Vorschläge der deutschen Regierung enthielten weiter nichts als eine Zusammenfassung früherer von der deutschen Regierung gemachten Vorschläge.

Als er auf die Haltung der deutschen Regierung mit Bezug auf die Weigerung der Alliierten, den Kölner Brückenkopf zu räumen, zu sprechen kam, wiederholte Herr Stresemann die seit dem 10. Januar in offiziellen und anderen Kreisen Deutschlands so häufig ausgesprochene abfällige Kritik, die das Verhalten der Franzosen aufs schärfste verurteilt. Außerdem machte er bittere Bemerkungen, als er auf die Angst überfälliger Entwaffnungs-Note zu sprechen kam. Seine Rede endete er damit, daß er versicherte, daß Deutschland, wenn ihm die Gelegenheit friedlicher Entwicklung und die Gleichberechtigung gewährt würde, eine der kräftigsten Stützen eines friedlichen Zusammenlebens der Völker bilden würde.

* * *

Zwei Stellen in der Rede des Auslandministers Stresemann erregten spezielle Aufmerksamkeit. Diese Stellen handelten von den vorgeschlagenen Handelsübereinkommen mit Spanien und Deutschlands Beziehungen zum päpstlichen Stuhle. Mit Bezug auf den ersteren Punkt sagte Stresemann: „Nur wenn wir das vorgeschlagene Handelsübereinkommen annehmen, können wir zu einem definitiven Handelsvertrag mit Spanien gelangen. Eine Zurückweisung des Uebereinkommens würde schwere ökonomische Folgen haben und unsere Beziehungen zu dem großherzigen spanischen Volke, das selbst unter den schwierigsten Verhältnissen nicht nur seine Neutralität, sondern auch seine Freundschaft bekundete, beeinträchtigen. Deutschlands Kredit würde speziell darunter zu leiden haben und dies nicht blos infolge der Unterhandlungen mit Spanien, sondern auch bei Verhandlungen bezüglich Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Ländern."

Bezüglich der Beziehungen Deutschlands zum Papste sagte Stresemann: „Unsere Beziehungen zum Hl. Stuhle werden durch das sympathische Verständnis in vollster Weise von uns gewürdigt, welches der Papst und seine Ratgeber, soweit deutscher Geist und Arbeitsfähigkeit in Betracht kommt, an den Tag legen. Die Welt wird die unaufhörliche Geduld und den Optimismus, mit welchem der Papst für das Einvernehmen zwischen den Völkern eintrat, nicht vergessen. Die Gefühle der Wertschätzung und Dankbarkeit wurden durch eine große Anzahl von Deutschen zum Ausdruck gebracht, die nach der ewigen Stadt pilgern, um an der eindrucksvollen Feier des hl. Jahres teilzunehmen."

Lebhafte Unzufriedenheit in Frankreich mit Marokko-Abenteuer

Französische Truppen erleiden Rückschläge.

Offiziellen Nachrichten zufolge, die von Marokko in Paris eintrafen, begannen am Mittwoch auf der ganzen Front zwischen den Riffkabylen und den französischen Streitkräften Kämpfe, die, was Heftigkeit und Ausdehnung anbetrifft, die Proportionen einer regelrechten Schlacht annahmen.

Marschall Lyautey, der französische Generalgouverneur, berichtet, daß die Riffkabylen im Bidane-Abschnitt allein es seien, die den Franzosen so zähen Widerstand leisten. Er schätzt die Stärke derselben auf 3500 Mann. Sie sind mit guten Gewehren bewaffnet. Auch verfügen sie über Kanonen und Maschinengewehre.

Aus diesen Mitteilungen scheint hervorzugehen, daß der Bidane-Posten, der von den Riffkabylen belagert wird, noch nicht vollständig entsetzt ist. Dies geht auch daraus hervor, daß in denselben vor einer Neuverfrachtung des Postens mit Nahrungsmitteln vom französischen Hauptquartier von Rabat in Marokko aus durch Truppen des General Colombat gesprochen wird.

In dem Bericht von Montag Nacht geben die Franzosen im Kampf gegen die Riffstämme Rückschläge und Schwierigkeiten zu. Der Feind zieht sich an verschiedenen Punkten im westlichen und mittleren Abschnitt zusammen, sagt der Bericht. General Colombat rückt mit Schwierigkeit vor. Der Feind ist gut bewaffnet. Rifftruppen drangen im Pocunat-Distrikt in die französische Zone. Oberst Freydenburg hat den Vorposten in Boukoumir nach einem scharfen Gefecht entsetzt. Im östlichen Abschnitt, wo er mit freundlichen Stämmen kämpft, erhielt der Feind große Verstärkungen.

General Billotte ist mit großen französischen Verstärkungen an der Riff-Front in der Chechaouen Gegend angelangt. Die Truppen organisieren eine starke Verteidigung in diesem Gebiet, das direkt durch Konzentrationen von Riffkriegern bedroht ist.

Militärische Kreise geben ferner zu, daß die Gefahr durch die Riffkrieger unter Abd El Krim, die aus der spanischen Zone nach Französisch-Marokko drangen, ernster ist als früher mitgeteilt. Alle möglichen Maßnahmen werden getroffen, um der Lage mit einem Mindestpreis an Leben und Geld zu begegnen.

Das französische Parlament wird sich nach den Osterferien mit den kriegerischen Vorgängen in Marokko beschäftigen.

Führer der Sozialisten haben angekündigt, daß sie die Regierung zu interpellieren gedenken und daß sie genaue Erklärungen und Angaben über die Pläne und Absichten der Regierung in Marokko wünschen.

Den Erklärungen der Sozialisten bezüglich der Marokko-Angelegenheit wird große Bedeutung beigelegt, da die Sozialisten das Vorgehen der Franzosen in Marokko hie billigten und sich stets weigerten, ihre Stimme zu Gunsten für Geldbewilligungen abzugeben, die für das Unternehmen verlangt wurden.

Wie man in Regierungskreisen erfahren zu haben behauptet, werden sich die Sozialisten der Abstimmung enthalten, wenn die Vorlage, für Geldbewilligungen für die gegenwärtige Marokko-Expedition der Regierung zur Abstimmung gebracht wird. Dadurch würde der Opposition der gegenwärtigen Regierung Gelegenheit gegeben werden, die Verlegenheit, in die die Regierung dadurch gebracht würde, auszubeuten.

In Regierungskreisen erregt die Haltung der Kommunisten bis zu einem gewissen Grade Besorgnis. Die Kommunisten haben sich nämlich direkt an die Arbeiterbevölkerung gewandt und dieselbe zur Rebellion gegen die Regierung aufgefordert.

Die Extremisten haben bis zu einem gewissen Grade eine Spaltung in den Reihen der Republikaner verursacht und, sollte es der sozialistischen Partei einfallen, die Marokko-Kampagne auch nur in passiver Weise zu unterstützen, so wird eine noch größere Spaltung in den Reihen der Partei erwartet.

Die Geheimhaltung von Nachrichten über den Krieg in Marokko wird aufs neue von der Zeitung „Quotidien", dem Organ des linken Blockes, angegriffen. Die Zeitung fordert die ganze Wahrheit und bringt eine Schilderung der Sachlage von der Zeitung „Cri Marocan" als Beleg für ihre Behauptung, daß die Dinge in Marokko einen schlimmen Verlauf nehmen.

Die Schilderung des „Cri Marocan" spricht von ernstlichen französischen Verlusten und berichtet, junge Soldaten seien an einer langen Reihe von Särgen vorbeimarschiert. Die Streitkräfte Abd El Krims seien bis auf 30 Kilometer (etwa 18 Meilen) an Fez herangekommen und Stämme, die acht Jahre hindurch unter französischer Kontrolle waren, hätten sich gegen die Franzosen erhoben. Feindselige Gruppen schlichen sich durch die französischen Linien und bewaffneten sich von versteckten Waffenlagern. Die Zeitung rühmt die Tapferkeit der französischen Truppen bei unerwarteten Angriffen, deutet aber an, daß die Lage weit ernstlicher ist, als man bekannt werden läßt. Der „Cri Marocan" **berichtet von einem französischen Außenposten, wo die Senegalesen-Garnison acht Tage lang ohne Wasser ausgehalten hatte, um schließlich bei einem Granatenangriff Riffsoldaten in die Hände zu fallen, die durch einen unterirdischen Gang in die Stellung eingedrungen waren.**

Weltumschau

Deutschland

Die Vertreter der deutschen Bundesstaaten machten dem Präsidenten von Hindenburg ihre Aufwartung, womit die Vorstellungen und Empfänge im Reichspalais vorüber sein dürften. Glückwunschbotschaften vom Auslande treffen noch immer ein. Die letzten kamen von den Präsidenten von Chile und Bolivia.

Beim Empfang der Ministerpräsidenten der Bundesstaaten waren alle achtzehn Regierungen vertreten. Als Wortführer sprach der sozialistische Premierminister von Preußen Otto Braun zu von Hindenburg wie folgt:

„Wir scharen uns um Sie vertrauensvoll und bereitwillig für gemeinsame Dienstleistung für das deutsche Volk. Ihr kürzliches Gelöbnis, daß Sie die Eigenarten der einzelnen Staaten respektieren und ihre Wünsche und ihre Bedürfnisse fördern wollen, hat einen freudigen Widerhall gefunden."

Präsident von Hindenburg erneuerte in Erwiderung sein Gelöbnis für Förderung der harmonischen Beziehungen zwischen dem Reich und den deutschen Staaten und sagte zum Schluß:

„Wir wollen stets ein Volk und ein Land sein. Das walte Gott."

Dem Empfang schloß sich ein Frühstück an, wobei die Schwiegertochter des Präsidenten zum ersten Male als Gastgeberin wollte.

Zu den Gästen gehörten außer den Premierministern der Bundesstaaten Mitglieder des Kabinetts, Unterstaatssekretäre, Mitglieder des Nationalrats und die Generaldirektoren der Reichsbank und der Bundes-Eisenbahnen.

Der Reichsernährungsminister Kanitz teilte dem Reichstag mit, daß die Regierung plane, binnen kurzem eine neue Zollvorlage einzubringen, welche die Vorkriegszölle auf Getreide und Eisen wieder ins Leben rufen soll. Der Vorlage gemäß soll auf Roggen ein Einfuhrzoll von 5 Mark und auf Weizen ein Zoll von 5½ Mark erhoben werden. Das Gesetz soll am 1. August in Wirksamkeit treten. Bis dahin soll die Hälfte dieser Zollsätze erhoben werden.

Die deutsche Reichsregierung befindet sich zwischen zwei Feuern in Sachen der Aufwertungsfrage, die im März in Angriff genommen worden ist. Nachdem ursprünglichen Entwurf sollten Kriegsanleihe und Regierungsanleihen aus der Vorkriegszeit auf 5 Prozent, Hypotheken mit gewissen Einschränkungen auf 25 Prozent, Industriepapiere auf 15 Prozent aufgewertet werden. Hiergegen erhob sich ein Sturm der Entrüstung, nicht allein bei der Opposition, sondern auch bei frommen Anhängern des Regierungsblocks. Die Blockparteien haben nun einen Kompromißplan ausgearbeitet, nach dem Hypotheken ohne Einschränkung auf 25 Prozent aufgewertet werden sollten, Industriepapiere auf 25 statt 15 Prozent, vorausgesetzt, daß der Inhaber dieselben vor 1925 erworben und seither ununterbrochen in Besitz hat. Für Kriegs- und Regierungs-Anleihen aus der Vorkriegszeit soll eine Auslosung eingeführt werden, die für einen bestimmten Teil dieser Papiere Aufwertung auf 10 statt 5 Prozent vorsieht.

Eine Obduktion der Leiche von Dr. Anton Hoefle, dem früheren Reichsminister des Post- und Telegraphenwesens und einem der Führer des Zentrums, der am 20. April gestorben ist, ergab, daß der Tod auf eine Dosis eines Narkotiums zurückzuführen ist. Dr. Hoefle befand sich seit Anfang Februar im Gefängnis. Zum wurden finanzielle Unregelmäßigkeiten in Verbindung mit dem Barmat-Skandal zur Last gelegt. Er erkrankte plötzlich heftig im Gefängnis und ward in aller Eile nach einem Hospital überführt, wo er starb. Ein Ausschuß des preußischen Landtags hat nach Untersuchung der Behandlung Dr. Hoefles im Gefängnis berichtet, die Ermittelungen hätten bedauerliche Zustände ergeben. Es ist festgestellt worden, daß die Gefängnisärzte Dr. Hoefle vernachlässigt hatten, weil er augenscheinlich im Sterben lag. Der Chefarzt des Gefängnisses ist von weiterem Dienst suspendiert worden.

In der Nähe von Altdamm in Pommern kam ein Waldbrand zum Ausbruch. Feuerlöschmannschaften rückten in beträchtlicher Stärke aus, um die Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Außer dem an den Forsten angerichteten Schaden ist viel Wild ums Leben gekommen. Eine Anzahl Feuerwehrleute wurden vom Reiche überwältigt. Das Feuer, das sich auf ein Areal von 24 Quadratmeilen ausgedehnt hatte, richtete, soweit bekannt ist, einen Schaden von $4,000,000 an. Es nimmt immer größere Dimensionen an. Ein Dorf wurde von seinen Bewohnern verlassen.

Bei einem Minenunglück in Dortmund wurden 37 Männer getötet und 17 durch die schlagenden Wetter in Zeche No. 5 verletzt. Mit Ausnahme von drei Kohlengrabern, die noch vermißt werden, wurden alle Toten und Verwundeten aus dem Bergwerk entfernt.

Oesterreich

Bundespräsident Hainisch hat Kapitän Gardner Richardson, dem Vertreter der amerikanischen Hilfskommission, die goldene Verdienstmedaille der österreichischen Republik verliehen. In einer Ansprache erklärte Präsident Hainisch, er wünsche durch die Auszeichnung Richardsons die Dankbarkeit der österreichischen Republik für die Verpflegung notleidender österreichischer Kinder seitens der Vereinigten Staaten zum Ausdruck zu bringen.

Ungarn

Nach einer Budapester Depesche wird die wahrscheinliche Rückkehr der früheren Königin Zita und des Prinzen Otto nach Ungarn unter Erlaubnis des Vorsitzerrats, als Grund für Durchpeitschung einer Vorlage im Parlament angeführt. Der Regent Admiral Horthy wird dadurch auf Lebenszeit zum ersten „Pair von Ungarn" ernannt. Der Regent erhält die Rechte eines gekrönten Königs und zugleich die Vormundschaft über Prinz Otto. Zita und Otto erhalten das Jagdschloß des verstorbenen Kaisers Franz Joseph in Gödöllo als Aufenthaltsort.

Bulgarien

Eine Wiederkehr kommunistischer Tätigkeit wurde hier in den letzten Tagen wahrgenommen. Mehrere bewaffnete Banden, die aus Desperados bestehen und die als gute Schützen bekannt und mit dem Terrain gut vertraut sind, beunruhigen die ländlichen Distrikte des mittleren Bulgarien. Sie operieren nur während der Nachtzeit und bis jetzt gelang es ihnen, sich den Verfolgungen der Polizei und der Truppen zu entziehen.

Ein großes Lager von Explosivstoffen wurde zu Jaktimbu zwischen Sophia und Philippopolis aufgefunden. In der letztgenannten Stadt fielen der Polizei zwei Maschinengewehre und große Mengen von Munition, die in dem Hause eines Kommunisten versteckt waren, in die Hände. Brücken und Tunnels an Eisenbahnlinien wurden aufs schärfste überwacht und Militärwachen sind allen Passagierzügen zur Begleitung beigegeben.

Die Behörden Bulgariens sehen diese Vorfälle als vereinzelte Vorkommnisse ohne irgend welchen Zusammenhang an, wünschen indeß von den Alliierten die Erlaubnis zu erhalten, wenigstens die Hälfte der ihnen zugestandenen Extra-Mannschaften in der Höhe von 13,000 Mann noch zwei weitere Monate beibehalten zu dürfen. Als Grund für diesen Wunsch wird angegeben, daß die Anwesenheit dieser Mannschaft im Lande allein ihre moralische Wirkung auf die Revolutionäre nicht verfehlen würde.

Die Aussicht, daß die Alliierten das Gesuch der bulgarischen Behörden gewähren werden, scheint jedoch äußerst gering zu sein, da Bulgariens Nachbarn dagegen sind, daß Bulgarien die Beibehaltung von Extra-Truppen gestattet würde.

Eine Depesche von Sophia meldet, daß die Polizei einer geheimen Organisation auf die Spur gekommen sei, die in Kostenez u. anderen benachbarten Orten operiere und daß eine große Menge Dynamit, 200 Revolver, Quantitäten von Munition und 150,000 Levas beschlagnahmt worden seien. Das Dynamit war, wie es heißt, für die Zerstörung der Eisenbahnbrücken zwischen Pakarel und Pjelovo bestimmt. Zu Plevna wurde ein Munitionslager gefunden, das Handgranaten, zwei Maschinengewehre und eine Quantität Dynamit enthielt.

Frankreich

Die britischen und französischen Meinungsverschiedenheiten über den Wortlaut der Abrüstungsnote an Deutschland sind schwieriger beizulegen, als erwartet worden war. Infolge dessen hat der Botschafterrat, der aus diesem Umstand schon mehrmals seine Sitzungen verschoben hat, abermals eine Sitzung verschoben und zwar auf unbestimmte Zeit. Trotzdem hofft man noch immer, schließlich zu einem Einvernehmen über die Note zu gelangen, so daß sie bald nach Berlin abgeschickt werden kann.

England

Der Sekretär des Innern Sir Wm. Johnson-Hicks erließ bei Gelegenheit einer Rede eine an die Kommunisten gerichtete Warnung. Indem er auf die Tätigkeit der Bolschewisten vom Osten Bezug nahm, sagte der Minister: „Wir sind willens, andere Länder in Ruhe zu lassen, wir werden aber nicht dulden, daß man sich in Angelegenheiten unserer Verfassung mischt. Wir sind gezwungen, von den von Moskau aus kontrollierten kommunistischen Bewegungen Kenntnis zu nehmen, und wir werden denselben in wirksamer Weise, wenn nötig mit Anwendung von Gewalt, entgegentreten." Später sagte der Kabinettsminister: „Wir müssen darauf achten, daß die notwendigen Schritte eingeleitet werden, damit wir dieser uns von Rußland aus drohenden Gefahr Einhalt gebieten können. Wir sind es müde, den Zulauf von Männern nach unserem Lande ruhig anzusehen, die mit der Absicht gekommen sind, um den Unzufriedenheit zu schüren und zu verschärfen und um unsere Verfassung über den Haufen zu werfen."

Rußland

Maxim Litwinow, Hilfskommissar für auswärtige Angelegenheiten, hat im Namen der Sowjet-Regierung an Jugoslavien die Forderung gestellt, Juwelen und andere Wertsachen, die angeblich von General Wrangel während des Bürgerkrieges in Rußland beschlagnahmt und später von ihm an die jugoslawische Regierung übergeben wurden, an Rußland zurückzugeben.

Die Wertsachen, die Wrangel fortgebracht haben soll, waren Eigentum russischer Privatleute und von diesen in einem Sicherheitsgewölbe in Leningrad hinterlegt worden.

Litwinows Note besagt, daß kürzlich jugoslawische Banken sich erboten haben, russischen Banken dabei behilflich zu sein, die Zurückerstattung der Wertsachen an die Eigentümer herbeizuführen. Weiter wird erklärt, die russische Regierung werde Jugoslawien für irgendwelche Verluste verantwortlich halten.

Spanien

Der Belagerungszustand, der bei Beginn der Militärdiktatur über Spanien verhängt wurde, ist aufgehoben worden und die konstitutionelle Regierung ist kraft eines königlichen Dekretes wieder in Kraft.

Die von Madrid eingetroffene Nachricht von der Aufhebung des Belagerungszustandes, der nach Gen. Primo de Rivera aufsehenerregendem Vorgehen in Spanien im September 1923 in Kraft trat, hat allgemeines Interesse wachgerufen. Gen. Primo de Rivera hatte nämlich nach dem Sturze des Ministeriums eine Militärdiktatur eingesetzt und diese leitete seither die Angelegenheiten der spanischen Regierung. Aus dem erwähnten königlichen Dekret geht indes nicht hervor, daß General Primo de Rivera die Absicht hat, die Diktatur niederzulegen und die Wiedereinführung der früheren Regierungsform unter einem regulären Ministerium zu gestatten. Es ist indes bekannt, daß er seit einiger Zeit die Organisation, deren Zweck war, auf die Eventualität seines Rücktritts und der Wiedereinführung der früheren Regierungsform befürwortete und begünstigte.

Südafrika

Nach amtlicher Ankündigung hat Südafrika die Goldwährung wieder eingeführt.